

Uckermärkische Werkstätten setzen 1,2 Millionen Euro um

Bei den Uckermärkischen Werkstätten bekommen aktuell 520 Menschen die Chance zur beruflichen Integration. Da müssen große Aufträge her.

Woche für Woche verlassen Dutzende Lkw-Ladungen sauberer Wäsche den Hof der Uckermärkischen Werkstätten im Prenzlauer Gewerbegebiet. Viele Firmen, Gaststätten und Praxen nutzen seit Jahren den dortigen Hol- und Bringe-Service. Auch sonst ist das Unternehmen gut im Geschäft, wie Jutta Frank, Geschäftsführerin des AWO-Kreisverbandes, am Mittwoch beim Besuch von Landrätin Karina Dörk (CDU) versicherte – Branchenübergreifend. Das Portfolio umfasst mittlerweile eine Vielzahl von Dienstleistungen, angefangen vom Löten elektrischer Bauteile, Bohren von Gehäusen, Verpackungsarbeiten, Bügelservice, Gravuren, Beflockung von Textilien, Stanzarbeiten, Fertigung von Zäunen und Möbeln sowie Floristik und Grünanlagenpflege. Seit 2010 zertifiziert Werkstattdirektor Carsten Lüder, der zugleich als Qualitätsmanager fungiert, betont, dass man sich bereits 2010 habe zertifizieren lassen. Das sei eine wichtige Voraussetzung gewesen, um weiter an Aufträge zu kommen. Dieses Volumen brauchen die Werkstätten auch, denn die Mitarbeiterzahl wächst stetig. Aktuell sind an den acht Betriebsstätten 520 Frauen und Männer mit Handicap angestellt. Der Jahresumsatz hat sich bei 1,2 Millionen Euro eingependelt. Das sei der Beweis dafür, dass sich das Klinkenputzen bei der freien Wirtschaft auszahle, wie Jutta Frank resümiert. Sie freut sich, dass hiesige Betriebe bei Überlegungen zur Ausgliederung von Arbeiten immer öfter an ihre Werkstätten denken. „Dadurch ist es uns möglich, geistig, psychisch und mehrfach behinderten Menschen die Chance der



beruflichen Integration zu bieten.“ Bürokratie ist schlimm. Im Alltag hat das Team der Uckermärkischen Werkstätten auch oft mit Landkreismitarbeitern zu tun, vornehmlich denen aus Sozialamt und Jobcenter. Die Zusammenarbeit sei gut, aber manchmal noch nicht zu 100 Prozent zufriedenstellend, so das Resümee im Beisein der Dienstherrin. Das sei nicht zwangsläufig den dortigen Kollegen geschuldet, sondern hauptsächlich der teilweise unverständlichen Bürokratie, hieß es weiter. Die Umsetzung des neuen Bildungs- und Teilhabegesetzes werde sie, so Frank, ab 2020 vor weitere Herausforderungen stellen, deren Tragweite noch gar nicht absehbar sei. Karina Dörk versprach, sich in ihrer Behörde für die Klärung von Problemen auf kurzem Weg einzusetzen, warb allerdings auch um Verständnis dafür, dass es auf Grund der angespannten Personalsituation beim Landkreis aktuell zu Verzögerungen kommen könnte. Die Bewerbersituation sei allerdings jetzt vielversprechend, insofern könne mit Entspannung gerechnet werden.